

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:499238-2020:TEXT:DE:HTML>

Deutschland-Berlin: Gutachterische Tätigkeit
2020/S 205-499238

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Land Berlin, vertreten durch die Tempelhof Projekt GmbH

Postanschrift: Columbiadamm 10, A2

Ort: Berlin

NUTS-Code: DE300 Berlin

Postleitzahl: 12101

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@tempelhof-projekt.de

Telefon: +49 30200037400

Fax: +49 30200037499

Internet-Adresse(n):

Hauptadresse: <https://my.vergabeplattform.berlin.de>

Adresse des Beschafferprofils: <https://my.vergabeplattform.berlin.de>

I.3) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.meinauftrag.rib.de/public/DetailsByPlatformIdAndTenderId/platformId/2/tenderId/131970>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://my.vergabeplattform.berlin.de>

I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers

Andere: Land Berlin vertreten durch die Tempelhof Projekt GmbH

I.5) Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Management und Entwicklung des denkmalgeschützten Flughafengebäudes

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Rahmenvertrag für Sachverständigenleistungen für dringende Instandsetzungsmaßnahmen bei Bauschäden

Referenznummer der Bekanntmachung: 20-F-Ext-0106

II.1.2) CPV-Code Hauptteil

71319000 Gutachterische Tätigkeit

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Rahmenvertrag für die Erstellung von Schadensgutachten für kurzfristige und dringende Instandsetzungsmaßnahmen an den Gebäuden des Flughafens Tempelhof: Analyse und Bewertung von Schäden an Ingenieurbauwerken und Hochbauten hinsichtlich der Tragfähigkeit, Dauerhaftigkeit und Verkehrstüchtigkeit.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE300 Berlin

Hauptort der Ausführung:

Berlin

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Die Auftraggeberin beabsichtigt, einen Rahmenvertragspartner für die Erstellung von Schadensgutachten für kurzfristige und dringende Instandsetzungsmaßnahmen an den Gebäuden des Flughafens Tempelhof zu binden. Die zu vergebenden Leistungen beinhalten Sachverständigenleistungen für die Analyse und Bewertung von Schäden an Ingenieurbauwerken und Hochbauten hinsichtlich der Tragfähigkeit, Dauerhaftigkeit und Verkehrstüchtigkeit, einschließlich Empfehlungen für die von Dritten zu erarbeitenden Lösungsvorschläge zur Beseitigung von Schäden an Gebäuden sowie Hinweise für von Dritten kurzfristig durchzuführende Sicherungsmaßnahmen an der Bausubstanz. Unterstützende Einsetzung bei Ausschreibung von notwendig werdenden Vorweg-, Spezial- oder Folgemaßnahmen.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 24

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Der Auftraggeber ist zur zweimaligen Ausübung einer Verlängerungsoption um jeweils ein weiteres Jahr berechtigt.

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3

Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1. Umsatz (netto) im Mittel der letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre für Leistungen, die mit dem Auftragsgegenstand vergleichbar sind (20 %),

2. Referenzen (Es werden maximal 5 beste vergleichbare (zur Vergleichbarkeit siehe Definition unter III.1.3. Nr.1) Referenzen eines Bewerbers gewertet) (80 %).

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: nein

II.2.13) Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) Zusätzliche Angaben

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Nachweis über aktuell gültige Eintragung in ein Berufsregister und/oder Handelsregister gemäß Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 26. Februar 2014,
2. Eigenerklärung, dass in der Person des Bewerbers keine Ausschlussgründe nach § 123 vorliegen,
3. Eigenerklärung, dass in der Person des Bewerbers keine Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen,
4. Eigenerklärungen über die ordnungsgemäße Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung.

5. Bewerbungsgemeinschaften haben mit ihrem Teilnahmeantrag eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der:

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt wird;
- alle Mitglieder aufgeführt sind;
- ein von allen Mitgliedern gegenüber dem Auftraggeber im Vergabeverfahren und darüber hinaus uneingeschränkt für jedes Mitglied bevollmächtigter Vertreter bezeichnet und mit Geldempfangsvollmacht ausgestattet ist;
- die gesamtschuldnerische Haftung aller Mitglieder erklärt wird.

Eine besondere Rechtsform der Bewerbungsgemeinschaft und/oder Arbeitsgemeinschaft wird nicht vorgeschrieben.

Mehrfachbewerbungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbewerber und gleichzeitig als Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft, sind unzulässig. Die Vergabestelle wertet es jedoch nicht als unzulässige Doppelbewerbung, wenn Nachunternehmer von verschiedenen Bewerbern bzw. Bewerbungsgemeinschaften eingebunden werden bzw. Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft sind. Zwingende Maßgabe ist hierbei jedoch, dass der Nachunternehmer keine Kenntnis über die Angebotspreise der relevanten Bewerber/ Bewerbungsgemeinschaften hat, bei denen er Nachunternehmer ist. Dies ist nach Aufforderung durch verbindliche Erklärung des jeweiligen Nachunternehmers gegenüber der Vergabestelle zu versichern. Im Falle einer unzulässigen Doppelbewerbung müssen zur Wahrung des Wettbewerbsprinzips beide betroffenen Bewerber/ Bewerbungsgemeinschaften ausgeschlossen werden. Mehrfachbewerbungen sind auch Bewerbungen rechtlich unselbständiger Niederlassungen eines Bewerbers.

6. Geforderte Eigenerklärungen sind von jedem Mitglied einer Bewerbungsgemeinschaft separat zu unterzeichnen, geforderte Nachweise separat vorzulegen und zusammen mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Eigenerklärungen sind zu unterzeichnen, mit Datum zu versehen und mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Eigenerklärung zum Umsatz für vergleichbare Leistungen: Der durchschnittliche Umsatz der Jahre 2019, 2018, 2017 (in EUR netto) für vergleichbare Leistungen. Als vergleichbar in diesem Sinne sind insbesondere Planungs- und Prüfleistungen im Bereich Tragwerksplanung anzusehen.
2. Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung bzw. Betriebshaftpflichtversicherung. Die Deckungssummen müssen (Maximierung der Ersatzleistungen auf das 2-fache der vorbenannten Deckungssummen) mindestens betragen:
 - a) Personenschäden 2 000 000 EUR,
 - b) Sachschäden 2 000 000 EUR,
 - c) Vermögensschäden und sonstige Schäden 1 000 000 EUR.

Der Nachweis des Versicherungsschutzes kann durch eine Bestätigung der Versicherung (z. B. in Form einer Kopie der Versicherungspolice) geführt werden. Bei Nichtbestehen oder Unterschreitung der geforderten Berufshaftpflichtversicherung sind mit dem Teilnahmeantrag eine Erklärung des Versicherers und eine Eigenerklärung des Bewerbers vorzulegen, dass im Auftragsfall der Versicherungsschutz mit den geforderten Deckungssummen abgeschlossen wird.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Als Mindestanforderung ist ein durchschnittlicher Mindestumsatz der Jahre 2019, 2018 und 2017 für vergleichbare Leistungen in Höhe von 320 000 EUR netto p. a. gefordert. Als vergleichbar sind insbesondere Planungs- und Prüfleistungen im Bereich Tragwerksplanung anzusehen.

III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Angaben zu unternehmensbezogenen Referenzen: Vorstellung von vergleichbaren Referenzprojekten über abgeschlossene vergleichbare Leistungen aus den letzten 10 Jahren (Stichtag – Eingangsfrist für Teilnahmeanträge). Eine Referenz ist in diesem Sinne vergleichbar, wenn es sich bei der erbrachten Leistung um gutachterliche Leistungen im Zusammenhang mit einem Bauschaden handelt.
2. Benennung eines Sachverständige/-n als Projektverantwortliche/-n unter Angaben dessen/deren Befähigung und Berufsbildung unter Nennung des höchsten erreichten Berufsabschlusses, der Anzahl der Berufsjahre.
3. Studien- und Ausbildungsnachweise: Die oder der Sachverständige muss ein abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Bauingenieurwesen an einer Technischen Universität oder Hochschule vorweisen können.
4. Nachweis der Qualifikation: Die oder der Sachverständige muss die Qualifikation als Zertifizierte/-r Sachverständige/-r für Bauschäden (Zertifizierung über EIPOS, IHK, TÜV oder über andere nach DIN EN ISO / IEC 17024 akkreditierte Zertifizierungsstellen) oder vergleichbar oder (alternativ) Nachweis einer mindestens dreijährigen hauptamtlichen Hochschullehrtätigkeit im Bereich des konstruktiven Ingenieurbaus sowie besonderer Kenntnisse auf dem Gebiet des „Bauens im Bestand“ vorweisen.
4. Berufliche Erfahrung: Die oder der Sachverständige muss über die notwendigen Praxiskenntnisse für die Tätigkeit eines sachverständigen Schadensgutachters verfügen. Dies wird angenommen, wenn die oder der Sachverständige eine mind. zehnjährige Tätigkeit auf den Gebieten der Planung, Ausschreibung oder Bauleitung, und eine mind. dreijährige Tätigkeit auf dem Gebiet der Aufstellung

von Standsicherheitsnachweisen, und eine mind. dreijährige Tätigkeit (jedenfalls nebenberufliche) als sachverständige/r Gutachter/in für das Sachgebiet „Schäden an Gebäuden und im konstruktiven Ingenieurbau“

5. Fortbildungsnachweise: Die oder der Sachverständige muss eine regelmäßige Teilnahme an Seminaren zur Erweiterung und Aktualisierung des theoretischen Grundwissens durch sachverständiges Spezialwissen besonders auf dem Gebiet Bau- und Sachverständigenrecht sowie Schadensanalyse belegen können.

6. Eigenerklärung zur Deutschkenntnissen des Sachverständigen.

7. Benennung eines Sachverständige/-n als stellvertretende/-n Projektleiter/-in unter Angaben dessen/deren Befähigung und Berufsbildung unter Nennung des höchsten erreichten Berufsabschlusses, der Anzahl der Berufsjahre.

8. Studien- und Ausbildungsnachweise: Die oder der stellvertretende sachverständige Projektleiter/-in muss ein abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Bauingenieurwesen an einer Technischen Universität oder Hochschule vorweisen können.

9. Nachweis der Qualifikation: Die oder der stellvertretende Sachverständige muss die Qualifikation als Zertifizierte/-r Sachverständige/-r für Bauschäden (Zertifizierung über EIPOS, IHK, TÜV oder über andere nach DIN EN ISO / IEC 17024 akkreditierte Zertifizierungsstellen) oder vergleichbar oder (alternativ) Nachweis einer mindestens dreijährigen hauptamtlichen Hochschullehrtätigkeit im Bereich des konstruktiven Ingenieurbaus sowie besonderer Kenntnisse auf dem Gebiet des „Bauens im Bestand“ vorweisen.

10. Eigenerklärung zur Deutschkenntnissen des/der stellvertretenden Sachverständigen.

11. Benennung eines qualifizierte/-n Mitarbeiter/-Ingenieur/-in) unter Angaben dessen/deren Befähigung und Berufsbildung unter Nennung des höchsten erreichten Berufsabschlusses, der Anzahl der Berufsjahre.

12. Studien- und Ausbildungsnachweise: Der qualifizierte/-n Mitarbeiter/-Ingenieur/-in muss ein abgeschlossenes Studium der Fachrichtung Master oder Dipl.-Ingenieur in der Fachrichtung konstruktiver Ingenieurbau vorweisen.

13. Eigenerklärung zur Anzahl der festangestellten Mitarbeiter der Jahre 2017, 2018, 2019.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

I. Als Mindestanforderung müssen mindestens 3 vergleichbare Referenzen mit einem Auftragsvolumen von mindestens 10 000,00 Euro netto (pro Referenz) über in den letzten 10 Jahren abgeschlossene vergleichbare Leistung (Stichtag – Eingangsfrist für Teilnahmeanträge) benannt werden. Zur Vergleichbarkeit siehe Definition unter III.1.3. Nr. 1.

II. Als Mindestanforderung muss die oder der Sachverständige kumulativ

- eine mind. zehnjährige Tätigkeit auf den Gebieten der Planung, Ausschreibung oder Bauleitung, und
- eine mind. dreijährige Tätigkeit auf dem Gebiet der Aufstellung von Standsicherheitsnachweisen, und
- eine mind. dreijährige Tätigkeit (jedenfalls nebenberufliche) als sachverständige/r Gutachter/in für das Sachgebiet „Schäden an Gebäuden und im konstruktiven Ingenieurbau“ nachweisen.

III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten. Zugelassen sind alle Bewerber, die berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen und über die erforderlichen Nachweise verfügen. Juristische Personen sind als Auftragnehmer zuzulassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Ingenieur benennen. Der Nachweis ist den Bewerbungsunterlagen beizulegen. Ausländische Bewerber mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedsstaates der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachlichen Voraussetzungen für ihre Bewerbung, wenn ihre Berechtigung zur Führung der o. g. Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen gewährleistet ist.

III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:

1. Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zur Frauenförderung (Teil A),
2. Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zum Mindeststundenentgelt (Teil A),
3. Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zur Verhinderung von Benachteiligungen (Teil A),
4. Besondere Vertragsbedingungen (BVB) über Kontrollen und Sanktionen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG) Teil B.

III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

Die Bekanntmachung betrifft den Abschluss einer Rahmenvereinbarung
Rahmenvereinbarung mit einem einzigen Wirtschaftsteilnehmer

IV.1.4) Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs

Abwicklung des Verfahrens in aufeinander folgenden Phasen zwecks schrittweiser Verringerung der Zahl der zu erörternden Lösungen bzw. zu verhandelnden Angebote

IV.1.5) Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen

IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) Verwaltungsangaben

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag: 19/11/2020
Ortszeit: 14:00

IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber

Tag: 03/12/2020

IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:

Deutsch

IV.2.6) Bindefrist des Angebots

Laufzeit in Monaten: 3 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.3) Zusätzliche Angaben:

1. Die Vergabeunterlagen enthalten einen Teilnahmeantrag nebst Bewerberbogen, den die Bewerber für die Erstellung und Einreichung ihres Teilnahmeantrages verwenden müssen,
2. Wenn für die geforderten Nachweise keine Gültigkeitsdauer angegeben ist, dürfen sie zum Zeitpunkt des Schlusstermins für den Eingang des Teilnahmeantrages nicht älter als 6 Monate sein, außer in den Vergabeunterlagen ist etwas anderes bestimmt,
3. Bedient sich der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft eines Nachunternehmers und beruft er/sie sich auf dessen technische, berufliche, wirtschaftliche und/oder finanzielle Leistungsfähigkeit (Eignungsleihe, z. B. für Referenzen), so sind die Nachunternehmer entsprechend zu benennen und die Nachweise und Erklärungen der Anlage 01 (Formular Teilnahmeantrag) vollständig und – nur soweit dies für die Eignungsleihe erforderlich ist – die in der Anlage 02 (Eignung) genannten Nachweise und Erklärungen auch von dem Nachunternehmer mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.
Erfolgt durch den Bewerber/die Bewerbergemeinschaft der Einsatz von Nachunternehmern zur Ausführung des (Teil-)Auftrags, hat der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft auf Verlangen der Vergabestelle die Nachunternehmer zu benennen, welche die oben aufgeführten Teile des Auftrages ausführen werden und die entsprechenden Verpflichtungserklärung(-en) vorzulegen, dass dem Bewerber/der Bewerbergemeinschaft diese Nachunternehmer zur Verfügung stehen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen dem Bewerber/der Bewerbergemeinschaft und diesen Nachunternehmern bestehenden Verbindungen,
4. Sofern sich der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft zum Nachweis der Eignung auf Ressourcen Dritter/ Nachunternehmer/ konzernverbundener Unternehmen berufen möchte, muss er/sie spätestens auf Verlangen des Auftraggebers nachweisen, dass ihm/ihr die Ressourcen des Drittunternehmens für die Auftragsausführung in tatsächlich geeigneter Weise zur Verfügung stehen werden (Verpflichtungserklärung),
5. Es erfolgt keine Entschädigung für die Erstellung der Teilnahmeunterlagen oder Angebote,
6. Bewerbungen und Angebote sind in deutscher Sprache abzufassen,
7. Es werden nur elektronisch in Textform eingereichte Bewerbungen und Angebote gewertet; eine Einreichung per E-Mail, über die Bieterkommunikationsfunktion der Plattform o. ä. ist nicht zulässig.
8. Verspätet eingereichte Bewerbungen und Angebote werden nicht gewertet,
9. Die Teilnahme der Bewerber/Bieter bei der Eröffnung der Bewerbungen sowie der Angebote ist ausgeschlossen,
10. Es sollen nur die geforderten Erklärungen/Unterlagen/Nachweise dem Teilnahmeantrag beigelegt werden. Der Inhalt allgemein gültiger Firmenunterlagen, Broschüren o. ä. wird nicht berücksichtigt,
11. Fragen zum Teilnahmewettbewerb sind ausschließlich über die Kommunikationsfunktion der Vergabepattform Berlin zu stellen und werden zur Beantwortung veröffentlicht. Auf Fragen, die nach dem 5. November 2020 (Ortszeit: 14.00 Uhr) eingehen, kann eine rechtzeitige Beantwortung nicht mehr sichergestellt werden. Die Bewerber/Bewerbergemeinschaften haben sich über alle eingestellten Antworten eigenständig zu informieren und deren Inhalte zu berücksichtigen,
12. Die Bewerber/Bewerbergemeinschaften haben Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse entsprechend und deutlich zu kennzeichnen,
13. Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, unvollständige und/oder fehlerhafte Nachweise, Unterlagen und Erklärungen unter angemessener Fristsetzung bei den Bewerbern/Bietern nachzufordern. Ebenso behält sich die Vergabestelle vor, die Bestätigung der gemachten Angaben durch weitergehende Nachweise bzw. Originale der eingereichten Kopien zu verlangen.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen
Postanschrift: Fehrbelliner Platz 2
Ort: Berlin
Postleitzahl: 10707
Land: Deutschland
Telefon: +49 30901393333
Fax: +49 30901393334

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung zugestellt wird (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder per E-Mail bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134 GWB). Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt ferner voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Tagen nach Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt wurden (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist ebenfalls unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 S. 1 Nr. 4 GWB). Des Weiteren wird auf die in § 135 Abs. 2 GWB genannten Fristen verwiesen.

VI.4.4) Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Tempelhof Projekt GmbH
Postanschrift: Columbiadamm 10, A2
Ort: Berlin
Postleitzahl: 12101
Land: Deutschland
Telefon: +49 30200037434
Fax: +49 30200037499

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

16/10/2020